

Leitlinien liberaler Politik zur Überwindung der Arbeitslosigkeit

Der Bundeshauptausschuß der F.D.P. hat am 24. 10. 1981 „Leitlinien liberaler Politik zur Überwindung der Arbeitslosigkeit“ verabschiedet. Darin stehen folgende Kernforderungen:

Vollbeschäftigung brauche als Basis Wachstum der Nachfrage und verstärkte Investitionen, wobei dieses Wachstum durch die staatliche Rahmensetzung sozial und ökologisch verantwortbar gehalten werden muß. Liberale Beschäftigungspolitik gebe arbeitsplatzschaffenden Maßnahmen Vorrang vor arbeitsplatzverteilenden. Wenn aber – wie jetzt – die gewohnten Strategien nicht genügend Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen, müßten Wege zur Verringerung der Lebensarbeitszeit gefunden werden. Hierbei würden diejenigen Maßnahmen Vorrang haben, die Wahlmöglichkeiten für die Beschäftigten eröffnen, die sich mit gesellschafts- und bildungspolitischen Zielen decken, die rücknehmbar und gesamtwirtschaftlich kostenneutral sind und die Produktivitätssteigerung berücksichtigen. Das breite Interesse vieler Bürger an neuen, flexibleren, auch kürzeren Arbeitszeitformen (Teilzeitarbeit, job-sharing, Sonderurlaub, vorzeitiger Ruhestand oder Teilruhestand mit Teilrente, d. h. vor Verrentung mit versicherungsmathematischem Abschlag), decke sich in den kommenden Jahren mit der Schwierigkeit, allen Arbeitskräften stets Arbeitsplätze zu voller Arbeitszeit bei gegebenem Lohnniveau anzubieten. Lebensarbeitszeitverkürzungen gingen vor Wochenarbeitszeitverkürzungen und vor Nominallohnerhöhungen.

Im Hinblick auf die Erhaltung von Arbeitsplätzen, die sozialen Folgen von neuen Technologien und Arbeitsorganisationen sowie die Menschenwürde sei es notwendig, die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer auf die Einführung von neuen Arbeitsmethoden und Fertigungsverfahren zu erweitern.

Die Arbeitsmarktpolitik benötige eine Aktualisierung und Verbesserung ihres Instrumentariums, insbesondere die Förderung von Qualifikation und Mobilität, den Abbau von Hemmnissen der Arbeitsaufnahme, die berufliche Eingliederung Jugendlicher, die Beschäftigungsförderung für Behinderte durch Umlagefinanzierung von Einstellungsprämien in Klein- und Mittelbetrieben sowie Aktionsprogramme der Arbeitsverwaltung für Arbeitslose, Leistungsgeminderte, ungelernete Jugendliche und Ältere.

Nach: Vorlage des F.D.P. – Bundesvorstands, Mainz, 24. 10. 1981.

